



**Berlin, 21. Januar 2021
Nr. 2/2021**

An die Medien
in Berlin, Brandenburg
und Sachsen

IG Metall: „Automatische Kostensenkung gestaltet keine Zukunft“ Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg fortgesetzt

Am 21. Januar wurden die Tarifverhandlungen für die rund 110.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Berlin (60.000) und Brandenburg (50.000) fortgesetzt. Die IG Metall tagte mit dem Arbeitgeberverband für Berlin-Brandenburg VME wegen der Infektionslage rund zwei Stunden digital.

Die Arbeitgeber haben die von der IG Metall erhobene Forderung nach einem Volumen von 4 Prozent zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen zurückgewiesen. „Eine weitere Nullrunde ist den Beschäftigten nicht zu vermitteln“, sagte Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen. „Viele betriebliche Kolleginnen und Kollegen haben eindrucksvoll berichtet, dass trotz Corona Betriebe Volllast fahren und sie Sonderschichten machen, um die Aufträge zu erledigen.“

Ein weiteres Thema auch in der zweiten Tarifverhandlung war die Forderung nach einem tariflichen Angleichungsgeld. Das tarifliche Angleichungsgeld soll die durchschnittliche Entgeltdifferenz ausgleichen, die sich aus der (unbezahlt) um drei Stunden längeren Arbeitszeit in der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie ergibt.

„In Unternehmen mit Standorten in Ost und West ist es nicht nachvollziehbar, warum der Unterschied immer noch besteht. Die betrieblichen Kolleginnen und Kollegen haben dies in ihren Berichten anschaulich herausgearbeitet und nachdrücklich Schritte in Richtung einer Lösung eingefordert“, sagte IG Metall-Bezirksleiterin Dietze.

Als Angebot haben die Arbeitgeber ein automatisches Kostensenkungsprogramm vorgeschlagen, das ihnen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Eingriffe in den Flächentarifvertrag erlaubt. Die IG Metall hat die schon heute bestehende Flexibilität des Flächentarifvertrags betont. „Der Vorschlag der Arbeitgeber ist kurzsichtig. Er gestaltet nicht



ansatzweise die Zukunft und das, obwohl beiden Seiten klar ist, dass wir vor großen Zukunftsherausforderungen in der Industrie stehen“, so Birgit Dietze.

Die IG Metall fordert deswegen verbindliche tarifliche Verfahrensregelungen, um mit betrieblichen Zukunftstarifverträgen die Beschäftigung zu sichern und die Betriebe zukunftsfest zu machen. Nach einer längeren Diskussion waren sich beide Seiten einig, dass es hierzu gemeinsamer Lösungsanstrengungen bedarf. Die Tarifvertragsparteien haben dabei ihre gemeinsame Verantwortung unterstrichen.

Abschließend hat die IG Metall die Arbeitgeber aufgefordert, gemeinsam mutig die Zukunft zu gestalten. „Wir erwarten, dass sie spätestens in der nächsten Verhandlungsrunde konstruktive Lösungsvorschläge unterbreiten“, sagte Bezirksleiterin Birgit Dietze.

Ein Termin für die dritte Tarifverhandlung wird zeitnah vereinbart.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0151 29 23 11 82

Hintergrund:

Die IG Metall fordert ein Volumen von vier Prozent mehr Geld für zwölf Monate, das zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen eingesetzt werden soll. Neben betrieblichen Zukunftstarifverträgen sind auch ein tarifliches Angleichungsgeld und die Verbesserung der Regelungen zur unbefristeten Übernahme von allen Ausgebildeten Themen der Verhandlung.